

## Jugendbeteiligung – Wir möchten mitbestimmen!

Wenn wir an Jugendbeteiligung denken, denken wir an den Wunsch Jugendlicher, ihre Meinung äußern und ihr Umfeld mitgestalten zu können. Dazu braucht es eine Politik, die diesem Wunsch gerecht wird und Jugendliche als Gesprächspartner:innen auf Augenhöhe wahrnimmt. Es braucht diesen offenen Diskurs, denn die Eindrücke und Erfahrungen aus den Jugendjahren bestimmen maßgeblich, wie junge Menschen ihr Leben lang auf Politik blicken.

Wir wünschen uns, dass junge Menschen als mündiger Teil der Gesellschaft verstanden und auf die politische Agenda aller Parteien gesetzt werden. Dazu gehört, dass Jugendliche als Teil der Gesellschaft akzeptiert und ernst genommen werden. Wo junge Menschen betroffen sind, sollen sie mitreden und mitentscheiden.

Auf dem Weg dahin sehen wir einige Herausforderungen – für uns junge Menschen, aber auch für die Politik. Worin diese bestehen und wie sie gelöst werden könnten, haben wir am 22. Mai 2021 für die Bereiche Partizipation und Beteiligungsmöglichkeiten, Schule, Klimaschutz und Generationendialog im Rahmen des Workshops “Starke Jugend – Alumni Workshop des SKI” diskutiert.

### Schule – Der Ort an dem die Zukunft gebildet wird

Deutschland ist eine Demokratie und es ist wichtig, dass die Bürger:innen frühzeitig lernen, was es bedeutet, in einer Demokratie zu leben. An welchem Ort könnten Schüler:innen besser Demokratie leben lernen und mündige Bürger:innen werden, als in der Schule? Schulen könnten aber demokratischer sein. Zwar gibt es gewählte Schüler:innen-Sprecher:innen und aktive Schüler:innenvertretungen – doch es ist unterschiedlich wie groß die Mitbestimmungsmöglichkeit im Einzelnen dann ausfällt. Die Mitbestimmung von Schüler:innen wird unserer Meinung nach nicht immer gefördert. Für das Wissen um demokratische Prozesse, Strukturen und Institutionen braucht es einheitliche Standards.

Wir schlagen vor:

- Jede Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl sollte im Unterricht vor- und nachbereitet werden, genauso wie jede Schüler:innenvertretungswahl.
- Der Unterricht für politische Bildung sollte auf einer bundesweiten Grundlage basieren, wobei jede:r Schüler:in durch einen ansprechenden interaktiven Unterricht die Basis der Politik lernt und bei der eigenen Entscheidungsfindung durch Informationen und Diskussionen unterstützt wird. Dabei müssen die Interessen der Schüler:innen beachtet und der Unterricht darauf angepasst werden.
- In jeder Schule sollte ein Schüler:innenparlament verpflichtend eingeführt werden.
- Es wird ein bundesweiter Fonds geschaffen, aus dem heraus ausschließlich Schüler:innenbelange finanziert werden – über die Verteilung entscheiden die Schüler:innen selbst.
- Die Befassung mit aktuellen Themen wird fester Bestandteil eines Unterrichtsfachs (Politik und Wirtschaft, Sozialkunde, Gesellschaftkunde) und findet regelmäßig statt. Wichtig dabei ist eine offene Debattenkultur und der Austausch innerhalb der Lerngruppe.

- Für Lehrer:innen, Schüler:innen und Schulleiter:innen gibt es regelmäßige Fortbildungen im Bereich Schüler:innenpartizipation.
- Wünschenswert wäre zusätzlich ein konstanter Austausch zwischen verschiedenen Schulen.

Grundsätzlich wünschen wir uns eine bundesweite einheitliche Lösung, die die politische Bildung der Jugend fördert.

### Partizipation – direkt, attraktiv, für alle

Das Engagement Jugendlicher ist meist auf bestimmte soziale Gruppen beschränkt. Unsere Wunschvorstellung ist, dass Beteiligung unabhängig von sozioökonomischen und anderen identitäts-bestimmenden Merkmalen stattfinden kann. Dafür sollten die Hemmschwellen gesenkt werden und Verbindungen von Land und Stadt gefördert werden.

Es ist nicht einfach, sich in den Angeboten zu Recht zu finden und es fehlen Zugänge. Die Angebote selbst benötigen meist starke Eigeninitiative und große Zeitinvestition, und sind nicht immer attraktiv. Ob sich jemand engagiert, hängt zu oft von sozioökonomischen Faktoren wie z.B. dem familiären Hintergrund ab.

Insbesondere auf dem ländlichen Raum sind Jugendorganisationen oft nicht präsent, sodass Interessierte keine Ansprechpartner:innen haben.

Für junge Menschen ist es oft schwierig, einen Überblick über politische Parteien und Organisationen zu bekommen. Dazu kommt, dass insbesondere die Arbeit in Parteien sehr langwierig erscheint. Für uns ist eine direkte Beteiligung wichtig. Auch in Bewegungen, auf Social Media oder durch Freiwilligendienste beteiligen sich junge Menschen politisch. Unser Eindruck ist, dass dieses Engagement nicht immer ausreichend ernst genommen wird.

Als mögliche Formen politischer Beteiligung sehen wir die Teilnahme an politischen Organisationen, sowohl parteiintern als auch -übergreifend, zum Beispiel in NGOs, Jugendparlamenten und Jugendparteien. Dies kann über die Bundesebene hinaus in den europäischen Raum gehen, wobei wir hier noch Ausbaubedarf sehen.

Eine grundlegende Voraussetzung, um die politische Teilhabe aller Jugendlichen zu fördern, ist dabei die Erschaffung einer Organisation für die allgemeine politische Orientierung. Grundsätzlich sollten alle Initiativen ihre Präsenz steigern (z.B. auf Social Media) und sich auf Übersichtlichkeit fokussieren – junge Menschen können nur Angebote wahrnehmen, von denen sie wissen.

Politische Bildung sollte mehr konkrete Beispiele für kommunalen Einsatz aufzeigen und Partizipation aktiv und andauernd zum Thema machen. Besonders auf lokaler Ebene kann die Umsetzung von Jugendprojekten als Motivation dienen.

Die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen auf dem Land und in der Stadt unterscheiden sich – insbesondere auf dem Land sind die Hürden groß, weil das Angebot dünn und/oder ohne eigenes Auto kaum zu erreichen ist. Der Ausbau digitaler Angebote, direkte Beteiligung und ein besseres ÖPNV-Angebot (mehr Verbindungen, die häufiger fahren und kostenlose oder günstige Tickets) können diese Hemmschwellen senken und bisherige räumliche Grenzen abbauen.

Wir fordern, dass Parteien attraktiver für junge Menschen werden – durch gezielte Ansprache und Zugang zu Entscheidungspositionen in den Parteien. Zu oft wird über uns gesprochen und über

uns entschieden, statt mit uns zu sprechen und uns mitentscheiden zu lassen. Dabei sollte Mitarbeit in Parteien für alle möglich sein. Bisher erreichen Parteien aber vor allem wenige sozioökonomische Gruppen. Auch hier besteht die Gefahr, Betroffene nicht zu hören. Entscheidungen bezüglich bestimmter sozioökonomischer Gruppen sollten grundlegend Leute dieser Gruppen mit einbeziehen. Ein Weg, Politik für junge Menschen attraktiv zu machen: Absenkung des Wahlalters auf mindestens 16 Jahre in allen Bundesländern und bei der Bundestagswahl! Außerdem sprechen wir uns für attraktive Angebote bei der Wahlorientierung und Unterstützung bei den bürokratischen Vorgängen aus. Hier sollte wiederum besonders auf sozioökonomisch benachteiligte Gruppen geachtet werden, wobei man auf Schulen und Sozialarbeiter:innen, aber auch auf die einzelnen Parteien verweisen könnte.

### Klimaschutz – weil wir mit den Konsequenzen der Entscheidungen leben müssen

Klimaschutz ist eines der wichtigsten Themen der Zukunft – wir wünschen uns, dass Jugendliche bei Entscheidungen über ihre Zukunft einbezogen werden. Noch immer fehlt politisches Bewusstsein für die Ausmaße des Problems. Wir wünschen uns im Bereich Klimaschutz von der Politik mehr Mut zu Entscheidungen – und konkrete Lösungsvorschläge.

Unsere Wünsche unterteilen wir in politische Mitgestaltung und Bildung.

Weil es junge Menschen sind, die mit den Folgen des Klimawandels am längsten leben müssen, sollten sie in diesen Themen mehr als bisher mitreden dürfen. Wir wünschen uns sowohl auf kommunaler als auch auf Bundesebene Jugendausschüsse, welche selbst debattieren und Entscheidungsrechte bezüglich zukunftsgerichteter Maßnahmen haben. Des Weiteren muss ein Kompromiss zwischen jugendlichem Aktivismus, schnellem Handlungsdrang, der politischen Bürokratie und den politischen Herausforderungen gefunden werden.

Klimaschutz ist kein Thema, das nur Aktivist:innen betrifft. Neben strukturellen Lösungen und Veränderungen braucht es auch Wissen über individuelles Verhalten und klimabewusstes Zusammenleben. Schulen, Berufsschulen und Universitäten sind Orte, an denen junge Menschen dies lernen können – nicht nur theoretisch und aus Texten, sondern auch durch Exkursionen an besonders betroffene Orte und AGs. Mit der Installation von Solarzellen oder der Einrichtung von Veggie-Days können Schulen und Universitäten auch selbst klimafreundliche Maßnahmen ergreifen. Umfragen an Schulen und Universitäten können dabei helfen, ein Meinungsbild der jungen Menschen zu erfassen.

### Generationendialog – junge Menschen als Teil der Gesellschaft begreifen

Politisches Engagement läuft meist unter den gleichen Leuten ab, junge und alte Menschen bleiben jeweils unter sich. Das kann zum Problem werden, wenn dadurch Lösungsansätze unter intergenerationellem Austausch ausbleiben. Wir müssen einen Perspektivwechsel ermöglichen, sodass die Interessen der jeweils anderen Generation nachvollziehbar werden.

Möglich machen das etwa Schul- und Altersheimpartnerschaften oder der Austausch von Organisationen mit Mitgliedern unterschiedlichen Alters. Auch im Unterricht sollte besprochen werden, welche Vorteile ein Generationenaustausch mit sich bringt.